

Breslauer



Beitung.

Nr. 75.

Sonntag den 16. März

1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 12. März, Abends 8 Uhr. Der Finanzminister hat mehrere Banquiers, einer projektirten Anleihe wegen, zu Rathe gezogen. Einem Gerüchte nach würde dieselbe 600 Millionen Francs betragen. — Die auf heute angekündigte Revue ist Witterungs halber verschoben worden. — Das College de France hat über den Professor Michelet einen Tadel ausgesprochen; seine Zuhörer beabsichtigen deshalb eine Gegen-Demonstration. — In der Legislatur verlangte Berrier die Zurückzahlung der 45 Centimes-Steuer durch Erhöhung der Salzsteuer; heute wollte sie Chavoix durch Renten zurückgezahlt wissen.

Paris, 12. März, Nachmittag 5 Uhr. 3% 57, 85, 5% 94, 15.

Strasburg, 12. März. Die Nationalgarde ist aufgelöst worden. Die Entwaffnung derselben wird nachfolgend.

Stettin, 14. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen, pr. Frühjahr 31 1/2 bez., pr. Juni 33 Brief. — Rüböl 10, pr. Herbst 10 1/2 bez. — Spiritus 23 1/4, pr. Frühjahr 23 1/2 bez.

Hamburg, 14. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Weizen fest. Roggen, 121 bis 122 Pfd. 49 geboten. — Kaffee, unverändert, geringer Umsatz.

Frankfurt a. M., 14. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 41 1/4.

Triest, 14. März. Der Lloyd-Dampfer „Europa“ ist mit der Ueberlandspost und 36 Reisenden am 5. Nachmittags aus Alexandria abgegangen und in 128 Stunden heute hier eingetroffen. Aus Bombay vom 17. Februar wird gemeldet: Dharoor, die wichtigste Festung des Nizam, deren eifrigste Plünderer sich bemächtigt hatten, ward am 28. Januar von 2000 Engländern mit 8 Feldgeschützen überfallen, am 4. Februar ward Bresche geschossen. Die Garnison hat sich unbedingt unterworfen. Gerüchtesweise wird ein Theil Nizams den Engländern statt einer Entschädigung von 600,000 Pfund Sterl. überlassen. Der Orientalbank von Bombay sind 10,000 Pfund Sterl. in Banknoten entwendet worden. Wechsel-Cours auf London 22 1/2 bis 23 1/2.

Uebersicht.

Breslau, 15. März. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Beratung über das Budget fortgesetzt. Die Etats des Berg- und Hüttenwesens, der Lotterieverwaltung, der indirekten Steuerverwaltung, des Post-, Zeitungs- und Telegraphenwesens und der Salzabgabeverwaltung werden genehmigt.

Ein Artikel der Vos. Ztg. erörtert die englische Note, welche gegen den Eintritt von Gesamt-Oesterreich in den deutschen Bund gerichtet ist.

Dieselbe Zeitung giebt Aufklärungen über den angeblichen Schuß-Zoll-Verein in Berlin. Die bekannte hannoversche Korrespondenz der D. Allg. Ztg. enthält nähere Notizen über die Antwort Preußens auf die letzte österreichische Note, die deutsche Verfassungsfrage betreffend. Preußen beharrt zwar auf der Parteilichkeit mit Oesterreich, läßt aber doch eine gewisse Neutralität durchblicken. Da sich nun schließlich eine überwiegende Mehrheit für die österreichischen Präliminarien finden wird, so dürfte auch Oesterreich seine Forderungen herabstimmen und somit eine Einigung zu Stande kommen, die auf dem bekannten Projekt des neunköpfigen „Engeren Rathes“ basiert ist.

Der sogenannte „Bundestag“ in Frankfurt a. M. hält eigentlich keine Sitzungen mehr, sondern die Mitglieder kommen nur zusammen, um sich politische Neuigkeiten mitzuthellen. Aus Göttingen wird gemeldet, daß die Kommission, welche das Projekt einer Vereinigung von Korb- und Göttingen begutachten soll, die Möglichkeit einer solchen Vereinigung in Bezug auf die Zustimmung, in Bezug auf die Verwaltung aber verneint hat. In Bezug auf die Volksvertretung ist die Regierungsvorlage beigestimmt. In Kassel ist der neue preussische Kommissar, Staatsminister Uhlen, am 13. eingetroffen. Man erwartet auch sehr bald keine Mittheilung der künftigen Zustände in Kurland. Die Mitglieder des ständischen Ausschusses schickten noch im Gefängnisse. Uhlen hatte bereits eine Unterredung mit Haffner.

Die Wahlen für die neue ständische Versammlung in Württemberg werden wahrscheinlich Mitte April vorgenommen und der Landtag selbst auf den 6. Mai einberufen werden. Am 12. d. M. wurde in der zweiten Kammer zu Hannover das Ministerium gefragt, was die Regierung zur Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes in Kurland gethan habe und schreiben der Regierung, welches aber hierüber wenig oder gar keinen Aufschluß giebt. Der Interpellant behauptet sich deshalb noch einen besondern Antrag vor.

Die letzten österreichischen Truppen sind aus Lissabon am 12. d. M. abmarschirt, um nach Böhmen zurückzukehren. Am 13. d. M. traf ein Bataillon derselben in Leipzig ein, übernachtete dort und ging am 14. nach Dresden ab. — In Lübeck sollen 300 Oesterreicher desertirt sein.

Besonders österreichische Blätter hatten neuerdings die Nachricht verbreitet, daß die Schweiz den Forderungen Oesterreichs nachgegeben habe. Nun vernehmen Schweizer Blätter, daß schon seit einiger Zeit gar kein diplomatischer Verkehr zwischen der Schweiz und Oesterreich stattgefunden habe.

Die angelegte Revue zu Paris hat nicht stattgefunden, weil das Wetter ungünstig war. — Die französische Regierung soll eine Anleihe von 600 Millionen beabsichtigen. — Die Nationalversammlung soll auf 3 Wochen vertagt werden. — Ein französisches Journal berichtet eine Aenderung des Fürsten Schwarzenberg, nach welcher die Politik Oesterreichs dahin gerichtet sein muß, zu verhindern, daß in Frankreich im Jahre 1852 die Wahlen vollzogen werden; weil, wenn die Republik das Problem der regelmäßigen Uebertragung der Exekutivgewalt löst, es dann um die monarchischen Prinzipien in Europa geschehen wäre. — Nach Meldungen aus Straßburg soll die französische Armee um 60,000 Mann vermehrt werden. — Aus

Lyon wird gemeldet, daß starke Truppenbewegungen nach der schweizer Grenze zu stattfänden, wie es heißt, um die Schweiz zu Entfernung der Flüchtlinge zu drängen.

Am 11. d. M. hat das englische Ministerium bei der Budget-Bewilligung im Unterhause eine kleine Niederlage erlitten. — Ein enger Anschluß Englands an Frankreich scheint gewiß, ja man nimmt sogar an, daß vielleicht in Kurzem die englische und französische Seemacht vereint agiren, und das Meer beherrschen werden.

Oesterreich zieht fortwährend Truppen nach Oberitalien. 50,000 Mann stehen bereits zur Hälfte im Kirchenstaate und im Toskanischen, zur Hälfte gegen die Schweiz und Piemont gerichtet. Der Verkehr mit letzteren Ländern soll gänzlich gestört sein.

Die österreichischen Zeitungen sind voll Uebermuth; sie meinen, es bedürfe nur eines ersten Wortes des Fürsten Schwarzenberg und Deutschland sei einig. Oesterreich müsse in Deutschland herrschen.

Die österr. Regierung hat an die Pforte eine drohende Note gerichtet, welche die endliche Beruhigung der insurgirten türkischen Provinzen fordert.

Der Fürst Schwarzenberg hat das Schreiben des Königs von Württemberg auf acht diplomatische Weise beantwortet. (S. den Artikel „N. B. Wien.“)

Breslau, 15. März.

Man ist in Preußen seit dem November 1848 sehr konservativ geworden; aber anstatt diesen Konservatismus fruchtbar zu machen, hat man ihn fast nur zur Negation benutzt und verführt sich täglich an ihm, indem man ihm das unbedingte Opfer jedes Urtheils anverlangt.

Man soll nicht bloß das Gebot der Klugheit üben, welches uns unter Umständen das: höre, sieh und — schweig! empfiehlt; man mußthet uns sogar zu: nicht zu sehen, nicht zu hören und doch — selig zu sein!

Diese Anmuthung dünkt uns aber für ein Volk wie das preussische eben so unziemlich, als der Regierung unersprißlich. Die Beilegung Preußens, welche nur bei dem Anspannen aller nationalen Kräfte zu behaupten möglich, sollte grade vor jedem Versinken in Quietismus und Optimismus abzuwehren; dennoch aber wird den konservativen Kreisen jene Pflicht der Entsagung und der Selbstentäußerung mit einer wirklich Gefahr drohenden Unermüdlichkeit vorgebeugt und versucht, sie aus dem lebendigen, weit durch besonnenes Verstandniß motivirtem Vertrauen hinaus und in einen traurigen Fanatismus urtheilslosen Gehorsams hinein zu ziehen.

Noch trauriger sind die Kunstgriffe, welche man dazu verwendet — jedoch wie uns eine in diesen Tagen abgehaltene Wahlversammlung belehrt — nicht immer mit Erfolg!

In einem konstitutionellen Staate wie Preußen entbehrt man sich nicht, die Schritte der Regierung dadurch vor aller beaufsichtigenden Kritik schützen zu wollen, daß man die monarchische Autorität zwischen diese und jene schiebt und sich anstellt, die monarchische Autorität für kompromittirt zu halten, wenn die Maßregeln des jeweiligen Ministeriums der Erörterung unterzogen werden.

Und wie will die Loyalität, einmal dieser falschen Lehre zugänglich gemacht, sich vor Kränkung und Erschütterung bewahren, wenn ihr die Oppositionsblätter, wie neulich die Nationalzeitung gethan — eine überschüssige Darstellung der Schwankungen in der Politik der letzten zwei Jahre vor die Augen haltend, nachweisen, daß von Tag zu Tag die Ansicht von dem, was als patriotisch zu gelten und was nicht, gewechselt habe; so daß der allerloyalste Preusse, wenn er nicht ein regelmäßiger Leser der offiziellen Propaganda war, gar nicht mehr au courant des Patriotismus bleiben konnte.

Fretlich wenn man das jeweilige Regierungssystem mit der monarchischen Autorität verwechselt, kann man auf die aus dem „parlamentarischen Wesen“ unvermeidlich entspringenden Konflikte mit Besorgniß hindeuten und sich die Insinuation erlauben, daß man, während man die Regierung erschüttere, doch nichts habe, was man an die Stelle ihrer Autorität zu setzen habe.

Als ob die Regierung an ihrer Autorität Einbuße erlitt, wenn die ausübenden Personen wechseln!

Und dieses ewige Schreckbild der bedrohten Gesellschaft! Fretlich, wenn man den Kreis der revolutionären Partei so eigenmächtig erweitert, wie dies wiederum durch die preussische Denkschrift vom 11. Febr. d. J. (S. Nr. 71 d. Z.) geschieht, wenn man revolutionäre Tendenzen denen imputirt, die seither unermüdlich gewesen sind in Opfern zur Bekämpfung derselben, dann freilich schrempft die Majorität der Konservativen auf ein so winziges Häuflein zusammen, daß es nicht mehr vom Posten abgelöst werden kann und aus Erschöpfung sterben muß.

Wir haben uns zu unserer Betrübnis aus früheren Artikeln der weiland Deutschen Reform überzeugen müssen, welcher geringen Sympathien sich die Bourgeoise in offiziellen Kreisen zu erfreuen hat; aber wir haben den unlängst der Nat.-Z. entlehnten Artikel über die Pläne zur Vernichtung der Bourgeoise (Nr. 61 d. Z.) doch nur mehr als eine müßige, wenn auch pikante Kombination des oppositionellen Organs angesehen; wenn uns aber jetzt offiziell gesagt wird, daß die Bourgeoise — die eigentliche revolutionäre Partei sei, daß wir also den Feind, den wir schon um unser Interesse willen bekämpfen, unwillkürlich im eigenen Busen nähren, so wissen wir uns freilich keinen Rath mehr, als mit Hab und Gut, zur Rettung des Vaterlandes, in den Abgrund zu springen, es denjenigen, welche nach Aufhebung der Bourgeoise als Konservative zurückbleiben, überlassend, den Kampf mit der Demokratie zum glücklichen Ausgang zu führen.

Die betreffende Stelle der Denkschrift lautet vollständig also: „Wer sich die politische Situation vergegenwärtigen will, der wird vor Allem nicht aus der Zeit lassen können, daß die Bekämpfung der Revolution mit allem Eifer und aller Entschiedenheit fortgesetzt werden muß; er wird sich aber hierbei auch nicht der unumstößlichen Wahrheit verschließen dürfen, daß die Revolutionen nicht in Straßenkrawallen, Verschwörungen und einzelnen verbrecherischen Plänen, sondern daß sie ihren Sitz und ihre Wurzel hat in dem verbreiteten, namentlich in den sogenannten gebildeten Ständen vorhandenen Mangel an Religiosität, in der Verwerfung jeder Autorität, in der

Vergötterung menschlicher Weisheit, in dem Wahne, daß sie das Uebel überhaupt beseitigen zu können und in Staatsformen das Arkana für das Glück der Völker gefunden zu haben glaubt.“

Wer den üblichen Sprachgebrauch und die Anschauungen derjenigen Kreise kennt, aus welchen diese Denkschrift geflossen ist, wird darüber, daß unter den „sogenannten gebildeten Ständen“ die Bourgeoise gemeint sei, nicht im Zweifel sein, und wer die ganze verhängnisvolle Tragweite jenes Satzes zu ermessen versteht, wird uns Recht geben, wenn wir der Bourgeoise — Selbstverneinung zur Pflicht machen; es wäre denn, daß unbeschadet der monarchischen Autorität doch eine Aenderung derjenigen Regierungssysteme eintrete, welches in jene Kreise, die von der Revolution ihren Untergang erwarten, den Heerd derselben verlegt!

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Zweihundvierzigte Sitzung vom 14. März.

Eröffnung: 11 Uhr.

Präsident: Graf v. Schwerin.

v. Zoltowski sucht Urlaub nach, weil er als Geschworener fungiren müsse.

v. Schlotthim bemerkt, daß die Funktionen eines Abgeordneten höher stünden, als die eines Geschworenen. Die Kammer bewilligt den Urlaub nicht.

v. Vincke (zur Geschäftsordnung) protestirt gegen die Anwendung, welche die Geschäftsordnung gestern erfahren habe. Dem Minister der geistlichen Angelegenheiten sei gestern noch während der Fragestellung das Wort zu materiellen Erörterungen verweigert worden. Dies sei unzulässig. Wenn nach der Verfassung den Ministern auch freistünde, zu jeder Zeit das Wort zu ergreifen, so dürfe dies doch nach dem Geschäftsregulativ, das sich ebenfalls auf die Verfassung basire, nicht während der Abstimmung geschehen. Die Minister seien durch die Geschäftsordnung in der Kategorie der Antragsteller mit einbegriffen, und hieraus folge, daß der Referent auch bei von der Regierung eingebrachten Gesetzentwürfen das letzte Wort haben müsse. Wollte man aber die Worte „jeder Zeit“ buchstäblich nehmen, so würde dies dahin führen, daß die Minister selbst noch während der namentlichen Abstimmung sprechen dürften. Er glaube, der Hr. Präsident werde heute seiner Ansicht sein; sonst müsse er sich einen besondern Antrag vorbehalten.

Minister v. d. Heydt: Ich glaube nicht, daß der Gebrauch, den die Minister bisher von ihrem Rechte, jederzeit das Wort zu ergreifen, gemacht haben, zu einem besondern Antrag Veranlassung geben kann; ich kann aber auch nicht zugeben, daß das dem Ministerium verfassungsmäßig zustehende Recht durch irgend einen Beschluß der Kammer eingeschränkt werden kann.

Der Präsident erklärt, daß er der Ansicht des Abg. Vincke nicht beistimmen könne, und will eine weitere Diskussion hierüber nicht zulassen.

Der Abg. Keller bemerkt, daß es nicht in der Ordnung sei, einen solchen Gegenstand, wie der vorliegende, in Form einer Vernehmung zur Sprache zu bringen.

Präsident: Der vorliegende Fall ist der erste seiner Art und ich glaube nicht, daß er Veranlassung zu einem Antrage werden kann.

Die Kammer geht hierauf zur Beratung des Nachtrages zu den Gesetzentwürfen über die Kammerwahlen in den Fürstenthümern Hohenlohe über.

Dieser Nachtrag wird dem Vorschlage der Kommission gemäß genehmigt, und unter die direkten Staatssteuern, nach Maßgabe deren die Abtheilungen der Umländer in den Fürstenthümern gebildet werden, auch die Kapitation-Steuer aufgenommen.

Die Kammer nimmt demnach die Budgetberatung mit dem Etat der Bergwerks-, Hütten- und Salinen-Verwaltung wieder auf.

Die Kommission schlägt vor: „von der Gesamtausgabe die Summe von 59,240 Thlr. abzusetzen und der Regierung zu überlassen, Espansisse auf Höhe des abgesetzten Betrages da eintreten zu lassen, wo sie es am passendsten halte.“

Der Handelsminister widerlegt sich diesem Antrage, welcher auch von der Kammer abgelehnt wird.

Die Einnahmen der Bergwerks-, Hütten- und Salinen-Verwaltung werden auf 6,120,951 Thlr. und die Ausgaben auf 5,020,951 Thlr. festgesetzt.

Die Einnahmen der Porzellan-Manufaktur zu Berlin wird die Einnahme auf 107,687 Thlr., die Ausgabe nach Absetzung von 1000 Thlr. auf 99,687 Thlr. festgestellt.

Die Einnahmen der Postverwaltung mit 6,692,669 Thlr., der Geseß-Sammelungsverwaltung mit 72,200 Thlr.; der Zeitungsverwaltung mit 153,836 Thlr. und der Telegraphen-Verwaltung mit 80,058 Thlr. werden ohne Debatte als richtig anerkannt. Die Ausgaben der Postverwaltung in Höhe von 6,152,953 Thlr. erlitten keine Verminderung. Bei den Ausgaben der Geseß-Sammelungsverwaltung ruft ein vom Handelsminister beklämpfter Antrag der Kommission den für Redaktion und Korrektur der Geseßsammlung ausgeworfenen Betrag von 800 Thlr. auf 200 Thaler zu ermäßigen, eine lange Debatte hervor. Einzelne Abgeordnete finden die Remuneration zu hoch; andere dagegen angemessen. Der Abg. Dhm, der wie gewöhnlich in Heiterkeit erregender Weise seine Gründe gegen den Kommissionsantrag vortrug, will die Remuneration nur um 400 Thlr. ermäßigt wissen. Der Abg. Feseler befürwortet den Kommissionsantrag. Man zahle für die Korrektur eines Druckbogens nie mehr als höchstens 1 Thlr. Würden nun auch jährlich selbst 60 bis 70 Druckbogen Geseßsammlung ausgeben, so sei eine Remuneration von 200 Thlr. für den Korrektor immer noch mehr als angemessen.

Die Kammer ertheilt dem Kommissionsantrage ihre Zustimmung und bewilligt für die Geseßsammlungs-Verwaltung nur 23,082 Thlr.

Die Ausgaben der Zeitungsverwaltung mit 15,237 Thlr. und der Telegraphen-Verwaltung mit 177,491 Thlr. werden wieder unverkürzt genehmigt.

Die Kammer spricht jedoch dem Antrage der Kommission gemäß, noch folgende Erwartungen aus:

- 1) „daß hinsichtlich des Gewichtes der Pakete, welche dem Postzwange unterworfen sind, durch Ermäßigung der hohen Sätze für alle Theile des Staates ein gleiches Verhältniß herbeigeführt;
- 2) daß eine Ermäßigung des Preises der Geseßsammlung, sobald die Finanzlage des Staates es gestatte, eintreten werde.“

Bei den indirekten Steuern werden die Einnahmen mit 20,066,300 Thlr., die fortwährenden Ausgaben mit 3,976,300 Thlr. und die außerordentlichen Ausgaben mit 38,177 Thlr.; ferner bei der Salzabgabeverwaltung die Einnahmen mit 8,289,684 Thlr. und die Ausgaben mit 3,031,684 Thlr. unverkürzt bewilligt. Bei der Lotterieverwaltung wird die Einnahme mit 1,068,303 Thlr. als richtig anerkannt und von der Ausgabe mit 108,003 Thlr. nur der als Zulage für den zweiten General-Lotteriedirektor geforderte Betrag von 100 Thlr. abgesetzt.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Schluß halb 2 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Budgetberatung.

Berlin, 14. März. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Chef des Handlungshauses Schneider und Komp. zu Konstantinopel, G. D. Schneider, und dem Montirungs-Depot-Kontrolleur a. D., H. Meinel zu Berlin, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Königl. sächsischen Rittmeister v. Thielau, den St. Johannis-Orden zu verleihen; den bisherigen Landrathamt-Verweser von der Hagen zum Landrath zu ernennen; und nach der von dem Gemeindevorstand zu Briesen, im Regierungs-Bezirk Düsseldorf, getroffenen Wahl, den bisherigen Bürgermeister Mathieu zu Briesen als Bürgermeister und den Kaufmann und Fabrikanten Mathias Lups daselbst als ersten Beigeordneten der Gemeinde Briesen, resp. auf 12 und 6 Jahre, zu bestätigen.

Ihre Majestät die Königin haben dem Maler Karl Friedrich Kötter zu Ullrichshofem Hofmaler zu ernennen geruht.

Das dritte Stück der Geseßsammlung enthält unter Nr. 3355 den allerhöchsten Erlaß vom 20. Jan. 1851, betreffend die Aufhebung des im § 16 der Schiffahrts-Polizei-Ordn. für die Stadt Königsberg vom 14. März 1822 und in dem § 43 der Feuer-Ordnung für dieselbe Stadt vom 3. Juli 1770 enthaltenen unbedingten Verbots des Tabakrauchens und Feuerhaltens auf den in der Stadt Königsberg liegenden Schiffen für einzelne Stadttheile; unter Nr. 3356 den Vertrag zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preußen und Ihrer Durchlaucht der Fürstin und Regentin von Waldeck und Pyrmont wegen Bestellung des Königl. preuss. Ober-Tribunals zu Berlin zum obersten Gerichtshofe in Strafsachen für die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont. Vom 1. Februar 1851; ratifizirt den 3./28. Februar 1851; unter Nr. 3357 den allerhöchsten Erlaß vom 3. Febr. 1851, betreffend den Bau einer Gasse von Anhalt bis zur niederländischen Grenze in der Richtung auf Dimprio und die Verleihung des Rechts zur Erhebung des Gassegeldes und der fiskalischen Geschäftsstelle für die Unterhaltung der Gasse von Neußal nach Freysdorf; unter Nr. 3358 die Bekanntmachung vom 28. Februar 1851 über die unter 17. Februar 1851 erfolgte Bestätigung des Statuts des neuallgemeinen städtischen Kunstschützen-Vereins vom 7. September 1849; und unter Nr. 3360 das Gesetz, betreffend die Todes-Erklärung in See gegangener verschollener Personen. Vom 24. Februar 1851.

Angekommen: Se. Durchlaucht der General-Lieutenant und Commandeur der 6. Division, Fürst Wih. v. Radziwill, von Torgau.

Das künftige Ministerialblatt enthält die allgemeine Verfügung vom 5. März d. J., die Eingiehung der Geldproben in Polizei-Kontrollen betreffend; desgleichen vom 6. März d. J. betreffend transaktionsförmigen Bescheid in Unterstufenverfahren bei den Gerichten der Justiz; Erkenntnis des königlichen Ober-Tribunals vom 28. Januar d. J., betreffend die Abfassung der Entscheidungen zweiter Instanz in den vor Gewerbezerrichten unabhängigen Rechtstreitigkeiten; Erkenntnis des königlichen Gerichtshofes zur Entscheidung der letzten; Kompetenz-Konflikte vom 28. Dezember d. J., das Verfahren bei Ansprüchen von Beamten und Militärpersonen wegen entgegenger Dienstleistungen.

[Das Kabinett von St. James] hat sich auch in Betreff des beabsichtigten Eintritts des österreichischen Gesamtstaats in den deutschen Bund ausgesprochen. Es ist bekanntlich in den ersten Tagen dieser Woche eine englische Note eingetroffen, welche die Bedenken Lord Palmerstons in Beziehung des Eintritts der österreichischen Gesamtmonarchie in den deutschen Bund auspricht. Die Note soll zwar, gerade wie die deutschen Bund auspricht. Die Note soll zwar, gerade wie die bekannte französische Note, gegen den Plan des Fürsten Schwarzenberg nicht direkt protestiren, aber doch deutlich zu verstehen geben, daß England in die etwaige Ausführung dieses Planes nicht willigen werde. England ist der Ansicht, daß die Aufnahme des österreichischen Gesamtstaats in den deutschen Bund nicht allein eine innere, sondern auch eine äußere Frage des Bundes sei, und daß die Mächte, welche die deutsche Confederation garantirt hätten, bei einer so wesentlichen Umänderung des Bundesgebietes ihre Stimmen mit abzugeben haben dürften, indem sie nicht dazu stillschweigen könnten, wenn das europäische Gleichgewicht durch die Erzeugung eines so gewaltigen Mittelstaats, in welchem auch bei vollständiger Parteilichkeit zwischen Preußen und Oesterreich der Einfluß des letztern Staates vorherrschend sein würde, eine so gewaltige Erschütterung erlitten. Ueberhaupt ist nicht zu übersehen, daß außer diesen Fragen, welche die höhere Politik auswirft, der Plan des Fürsten Schwarzenberg auch noch mit den Interessen Englands ganz besonders kollidirt. Der englische Einfluß in Italien würde nachgerade dem österreichischen weichen müssen, und den englischen Handelsinteressen drohte so wohl in Deutschland wie im Süden Ungarns und Italiens die größte Gefahr. Die englische Regierungspresse hat sich in dieser Beziehung schon seit längerer Zeit deutlich ausgesprochen, und die vor einiger Zeit durch die hannoversche Zeitung veröffentlichte englische Note vom Dezember v. J. beweist, daß England sich nicht erst jetzt mit dieser wichtigen Angelegenheit beschäftigt. Wie wir hören, ist die hier eingetroffene Note auch gleichzeitig dem Wiener Kabinett übergeben worden. In Betreff der [Der angebliche Schußzollverein] Berliner Mittheilung über die Bildung eines „Schußzollvereins“ ist der Vos. Ztg. folgende Berichtigung zugegangen: Der Name

„Schutzverein“ ist weder von den Mitgliedern beliebt, noch dem Zwecke des Vereins entsprechend, auch der neu zu bildende Verein huldigt dem Prinzip der Handelsfreiheit. Wie das Zollgesetz vom 26. Mai 1818 erstrebt er dessen Durchbildung, aber nicht auf Kosten der bestehenden Verhältnisse, sondern sucht dessen allmähliche Verwirklichung dadurch anzubahnen, daß er allen Maßregeln, welche zur Erhaltung der vaterländischen Produktivkräfte dienen, das Wort redet. Daß die bisherigen Versammlungen des Vereins nicht öffentlich waren, erklärt sich wohl aus der natürlichsten Weise aus dem Umstande, daß der Hauptgegenstand derselben die Organisation des Vereins war. Allerdings hatte der ins Leben tretende Verein daneben auch eine Deputation an Se. Majestät den König beschloffen, die huldreiche Aufnahme derselben steht aber im schroffen Kontrast mit den Angaben dieses Blattes. Se. Majestät beauftragte, daß die durch die Presse genährten Befürchtungen in Betreff eines Wechsel der bisherigen Handelspolitik schon zu Stockungen im Gewerbebetriebe Veranlassung gegeben hätten, und versicherten, daß ihnen von derartigen Absichten der Regierung noch nichts bekannt geworden sei. Nach der Audienz wurde die Deputation zur kgl. Tafel gezogen. Der Chef der preuß. Bank, Herr Hansmann, war nicht unter den Mitgliedern derselben.

In der Sitzung der Central-Commission zur Prüfung des Staats-Haushalts vom 4. März) stand noch der Etat des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten auf der Tagesordnung. Referent war der Abgeordnete Dppenhoff; die Staatsregierung vertreten durch den Herrn geb. Regierungsrath Kner.

Die zur Befolgung der Departements- und Kreis-Verordnungen ausgelegten 1000 Rthl. wurden nicht montirt, indem das Bedürfnis zur Vermehrung dieser Beamten anerkannt worden. — In Betreff der extra-ordinären Ausgaben wird bemerkt, daß die zum Ausbau der Basilica in Trier und des Kölner Doms ausgebrachten Summen nicht hauptsächlich für den Zweck des Kultus, sondern vorzugsweise zur Erhaltung und Wiederherstellung alter Kunstdenkmäler verwendet werden solle und da Seitens des Regierungs-Kommissars erklärt wurde, daß die Leitung des Baues in Trier durch Militär-Personen keine Mehrausgaben herbeiführe, wurde gegen die Positionen von 15,000 Rthl. und 50,000 Rthl. nichts erinnert.

Ebenso wenig wurde gegen die zum Neubau einer zweiten katholischen Kirche in Berlin ausgelegte Summe von 10,000 Rthl. ein Monitum erhoben, weil dieselbe auf einer älteren königl. Bewilligung beruhe, und die gedachte Kirche zugleich zum katholischen Militär-Gottesdienst bestimmt sei.

In Betreff der zur Unterstüßung der Gymnasiallehrer ausgebrachten 25,000 Rthl. will die Kommission vorbringen: es der Staatsregierung zur Erwägung anheimzugeben, ob nicht in Berücksichtigung des allseitig anerkannten dauernden Bedürfnisses diese Summe künftig in das Ordinarium zu übernehmen und zum größten Theile zu fixirten Verbesserungen der Lehrergehälter zu verwenden.

Gegen die zur Unterstüßung der Elementarlehrer ausgebrachten 50,000 Rthl. wurde, und so weniger etwas erinnert, als die Heranziehung dieser Lehrer zur Klassensteuer dem Staate mehr als diese Summe einbringt.

In Betreff der als Zuschuß zum Patronats-Baufonds ausgebrachten 170,000 Rthl. beschloß die Kommission:

Diese Summe nicht zu montiren, da dieselbe nach Auffassung mehrerer Mitglieder der Kommission und auch des geistlichen Ministeriums kaum ausreichen werde, um die rechtlichen Verpflichtungen des Staates zu erfüllen.

Dagegen wurde der von einem Mitgliede proponirte Zusatz: wie denn auch ein gleiches gelte, von anderen rechtlichen Verpflichtungen des Staates gegen die evangelische und römisch-katholische Kirche von der Majorität der Kommission abgelehnt.

Endlich brachte noch der Abgeordnete Hartmann als Referent über den Etat der Justizverwaltung zu Sprache, daß diejenigen 3000 Rthl., welche zur Unterstüßung von Referendarien, die sich der polnischen Sprache befleißigen wollen, auf den Etat gebracht sind, jetzt nur mit 1000 Rthl. zu diesem Zwecke, mit 2000 Rthl. aber zur Erhaltung solcher Richter, die der polnischen Sprache gewachsen sind, in der Provinz Posen verwendet werden sollen.

Die Kommission fand gegen diese veränderte Art der Verwendung nichts zu erinnern, und stellte den Antrag:

daß die Kammer sich mit dieser Ansicht einverstanden erkläre, und dieselbe in ihr Protokoll niederlege.

In der Sitzung der Central-Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts vom 5. März referirte der Abgeordnete v. Bismarck-Schönhausen über den Etat der preussischen Bank; die Staatsregierung war vertreten durch den Chef der Bank Herrn Hansmann.

Da ungeachtet des vorigjährigen Kammerbeschlusses das Kuratorium der Bank noch immer nicht konstituiert worden, indem der Präsident des Staatstaths nicht hinzugekommen ist, so beschloß die Kommission den Antrag:

wiederholt die Erwartung auszusprechen, daß unverzüglich das Kuratorium der Bank vervollständigt werde, und in die durch das Gesetz vorgeschriebene regelmäßige Wirksamkeit trete.

Kerner wurde hervorgehoben, daß der Tit. II. der Bankordnung, insbesondere der § 48 derselben mit der Verfassung im Widerspruch stehe und der Antrag beschloffen:

in Erwägung, daß der Tit. II. der Bankordnung mit der Verfassung nicht vereinbar, die Erwartung auszusprechen, daß die Staatsregierung unverzüglich feststelle, unter welchen Umständen der Verantwortlichkeit die Bank verwaltet werde, abgelehnt, und dabei die Ansicht ausgesprochen war, daß man der Staatsregierung freie Hand lassen wolle, in welcher Weise dieselbe den Widerspruch mit der Verfassung heben wolle.

Berlin, 14. März. [Zagesbericht.] Außer dem von dem Handelsminister gestern eingebrachten Geset über die Besteuerung der Bergwerke darf in dieser Session noch die Vorlegung eines neuen Bergwerksrechts erwartet werden. Auch dieses wird der neue Besteuerungs-Gesentwurf, an die Stelle einer in der vorigen Session gemachten Vorlage zu treten bestimmt, zieht früher beabsichtigte durchgreifendere Reformen zurück. Dagegen wird dasselbe, wie wir hören, anderweitigen Wünschen genügen. Namentlich sollen die besonders von westfälischen Bergbesitzern und Grubenbesitzern seit vielen Jahren wiederholt gewünschten Erleichterungen in Betreff der Konsolidation, des Zusammenschlages marktscheidender Bechen, durch den neuen Entwurf auf legislativem Wege eingeführt werden. Die Nothwendigkeit dieser erleichterten Konsolidation ist übrigens von der Regierung schon früher, u. A. schon in einem im Jahre 1846 ausgearbeiteten Berggesetzentwurf, anerkannt worden.

Einen Antrag, welchen der Abgeordnete v. Wechtrig, Präsident des evang. Oberkirchenraths, auf Abänderung einer Bestimmung der Ablosungsordnung zu Gunsten der geistlichen Institute bei der zweiten Kammer gestellt hatte, hat deren Agerarkommission verworfen.

In der vorigen Session hatte sich die zweite Kammer gegen das Fortbestehen einer Spielbank in Aachen ausgesprochen. Gleichwohl soll nach einem Berichte der Regierung zu Aachen das Spiel noch fortbestehen, und zwar, wie die Regierung meint, nicht im Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen, da dasselbe nur in einem besonderen Lokale und von Personen, die sich als Fremde legitimiren, betrieben werde. Es wird beabsichtigt, dies in der Kammer bei Diskussion des Unterstaats-Haushalts zu Sprache zu bringen. Vor dem Erlaß des Spielgesetzes (durch Verordnung vom 23. März 1849) mußte nämlich die Stadt Aachen einen Beitrag von ungefähr 2000 Rthl. für Elementar-Unterrichtswerte leisten, der seit 1849 weggefallen ist. Wird das Spiel gleichwohl fortgesetzt, so soll, wie ein hierauf zu richtender Antrag bezweckt, auch die frühere Verpflichtung wieder in Kraft treten.

Die Rede Heinrichs von Arnim, die zur politischen Beschlagnahme des geistigen Morgenblattes der „Conf. Zeitung“ Anlaß gegeben haben soll, ist in Verbindung mit der von ihm in der schleswig-holsteinischen Sache gehaltenen Rede unter dem Titel „Zur Politik der Contrerevolution“ erschienen.

(C. B.)
Folgende sind nach der Kreuzzeitung die Namen der 78 Abgeordneten, die in der Sitzung der zweiten Kammer vom 10.

März d. J. durch die Verweigerung des von der Regierung geforderten Dispositionsfonds von 80,000 Thln. für Zwecke der höheren Polizei, dem Ministerium ein Mißtrauensvotum ausgesprochen: v. Auerwald, v. Bardeleben, Baumgard, Baginski, v. Beckerath, Bentrup, Bergmann (Woblaw), Berndt (Nimptsch), Bessler, Biegel, Biebtren, Brämer, Bürger, Freiherr v. Canis und Dallowitz, Castenhef, Chignyski, Graf Cieszkowski, Dan, Delius, Dietrich, Dunder, Graf Dyhrn, Eckstein, Eminowski, Fubel, Gebauer, Genthner, Giesler, Hartert, Heyl, Hoffmann, Janetzki, Kelsch, Kremers, Kraas, v. Kaczynski, Lancelle, Langer, Lenfing, Lieber, Marck, Möller, Nägele, v. Nigolowski, Rücker, Palacz, Pasteris, Pfeiffer, Post, Pusznowski, Baron v. Richterhofen (Ratibor), Riedel, Robe, v. Sautens-Julienfeld, v. Sauten-Tarpuschen, Schemel, Schmidborn, Schöppelberg, Scholten, Schubert, Graf Schwiner, Schwieler, Simfon, Steinhäusen, Scheidmann, Stalweit, Tschow, Tegetmeyer, Zellkamp, Zerbe, Ulfert, Freiherr v. Vincke, Welzer, Wenkel, Wiese, Winkler, Wunder, v. Zoltowski.

Am 12. d. M. kamen hier 380 Personen an und reisten 448 ab. Angekommen: der königl. großbritannische Kapitän und Kab.-Kurier Drury von St. Petersburg, und der kaiserl. russische Lieutenant und Kab.-Kurier Semenoff von London. Abgereist: der französische Oberst und Kab.-Kurier Gallier nach Stettin.

Königsberg, 8. März. [Verschiedenes.] Der Lehrer an der höheren Bürgerschule zu Pillau, Ernst, ist in der vorgestrigen Plenar-Sitzung des Regierungskollegiums, unter dem Vorsitz des Ober-Präsidenten Eichmann, wegen „feindlicher Parteinahme gegen die Staats-Regierung“ seines Amtes entsetzt worden. Unter den Gründen wird hervorgehoben, daß derselbe, nachdem er in den Jahren 1848 und 1849 ein demokratisches Blatt, „Die Pillauer Leuchte“, redigirt, im verflochtenen Jahre eine Geschichte der Stadt Pillau herausgegeben habe, in welcher er u. A. den Krieg Preußens gegen Dänemark einen „Scheinkrieg“ nenne und die Offiziere der Pillauer Garnison, welche wegen Theilnahme an der November-Adresse an die National-Versammlung noch heute in den Festungen sitzen, mit dem Ausdruck „wacker“ bezeichne. Am vorhergehenden Tage wurde ein Polizeisergeant seines Amtes entsetzt, weil er sich geweigert, aus der freien Gemeinde zu scheiden, und denuncirt war, im Jahre 1848 die Aeußerung gemacht zu haben, „er beziehe seinen Gehalt nicht vom Könige, sondern vom Staate“. (Köln. Z.)

Düsseldorf, 12. März. [Berichtigung.] Die von Berlin aus durch verschiedene Blätter laufende Notiz, Freiligrath sei das preussische Staatsbürgerrecht „ertheilt“ worden, muß mindestens als vorläufig bezeichnet werden. Freiligrath hat im Gegentheil ganz kürzlich das nachstehende, vom 1. März datirte Reskript der hiesigen königlichen Regierung (die erste Rückäußerung der genannten Behörde auf alle bisherigen Eingaben) empfangen:

„Auf die wiederholte Eingabe vom 27. v. M. erwidern wir, daß, sobald die rückföhrlich der Feststellung Ihrer Staatsangehörigkeit noch nöthig gewordenen Erörterungen ihren, in nächster Zeit zu genügenden Abschluß gefunden haben werden, Sie definitive Entscheidung erhalten werden.“

und in Folge dessen, wie wir aus guter Quelle versichern können, die Regierung heute in einer neuen Eingabe um Aufschluß gebeten, welcher Art die angebotenen „Erörterungen“ noch sein könnten? (Düss. Z.)

Münster, 9. März. [Zemmer.] Dem Vernehmen nach steht Herr Zemmer mit einer Universität wegen Ueberrahme einer Docentenstelle in Unterhandlung. (Ebf. Z.)

Deutschland.

Hannover, 12. März. [Die Dresdener Konferenzen.] Die Antwort Preußens auf die Note Oesterreichs vom 6. März ist am 9. März nach Wien abgegangen, nachdem zuvor der Graf Alvensleben von Dresden eigens zu der Mitberathung in dieser hochwichtigen Angelegenheit berufen wurde.

Der wesentliche Inhalt dieser preussischen Note dürfte dahin festzustellen sein, daß Preußen principiell an den zu Dismus festgestellten Kardinalfragen der Parität festhält. Diese sind: die gleichen Rechte und Befugnisse im engeren Rathe und die gleiche Stellung in der Militärrekrutur, so wie die gleiche Ernennung aller Bundesbeamten aus zwei gleichen Häften, von Seiten Oesterreichs und Preußens, so zwar, daß die sämtlichen höheren und niederen Bundesbeamten sowohl zur Verfügung Oesterreichs wie Preußens gestellt werden. Ferner werden die Forderungen Baierns auf Vermehrung der Stimmen im Plenum wie auf Theilnahme an der Militärrekrutur ganz entschieden verworfen und überhaupt dargelegt, daß Baiern keine bevorzugte Stellung den andern Königreichen gegenüber einnehmen könne. Zudem nun weiter die Nothwendigkeit einer baldigen Einigung der beiden Großmächte untereinander dargelegt wird, wird der Beweis geliefert, daß Preußen dennoch in gerechter Berücksichtigung der Verhältnisse nicht abgeneigt sei, in formellen Dingen den aus einer langen geschichtlichen Entwicklung hervorgehenden Ansprüchen und Voraussetzungen, insoweit dieselben durch die tatsächlichen Umstände geboten werden und sich auf den Grad der Mäßigung zurückführen lassen, Rechnung zu tragen. Ist somit auch kein bestimmter Punkt der Nachgiebigkeit ausgesprochen, so soll man in der sehr detaillirten Fassung doch durchblicken lassen, daß man die Föhrung des Vorstiegs im engeren Rathe, lediglich zur Leitung der Geschäfte und ohne alle weiteren materiellen Vortheile Oesterreich einzuräumen gesonnen, ferner auch einen für Oesterreich günstigen Beitrag in Bezug auf die materiellen Verhältnisse der Zoll-, Handels- und Verkehrs-Angelegenheiten abzuschießen geneigt wäre. Zugleich wird aber auf die mannigfachen Vortheile und Vergünstigungen hingewiesen, die auch für Oesterreich ganz besonders aus einer Einigung mit Preußen entstehen müssen, und namentlich der Eintritt Oesterreichs mit seinem Gesamtstaate in den deutschen Bund, welcher Punkt vielen Ansprüchen von Seiten der auswärtigen Mächte ausgesetzt sein wird, hervorgehoben.

Endlich aber wird nachgewiesen, daß, obgleich Preußen nicht nur keinen Vortheil, sondern vielmehr einen Nachtheil von dem Gesamtseintritt habe, es dennoch nach erfolgter Einigung seinen ganzen Einfluß ausbieten werde, um diesen Plan Oesterreichs zu unterstützen und denselben den auswärtigen Mächten gegenüber zu verteidigen.

Aus diesen Argumenten sowie aus einer bei der österreichischen Diplomatie sichtbaren Veränderung, wonach dieselbe, Fürst Schwarzenberg an der Spitze, durch die Ereignisse der letzten 14 Tage die Bemerkung gemacht, daß ihr Anhang nicht der vorwiegende ist, will man auch auf Seiten Oesterreichs eine große Geneigtheit zu einer Verständigung und die demnachstige Herabstimmung seiner Forderungen bemerkt haben. Es fragt sich nur, ob diese so weit gehen wird, daß schon mit nächsten eine Ausgleichung

*) Wir wagen es, nicht nur von der Existenz der preuß. Antwort, sondern auch von dem Inhalte derselben, wie er von dem Hannover. Correspondenten der D. A. Z. oben mitgetheilt wird, Kenntnis zu nehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß die ehemalige „Deutsche Reform“ demnach in ihrem geschraubten Berichtigungsspiele Alles in Frage stellt. Dieses ehrenwerthe Blatt hat seine Berichtigungs-Praxis wieder an der „Nat.-Ztg.“ und der „Presb. Ztg.“ geübt, indem es sowohl die Existenz der Denkschrift der preuß. Regierung vom 11. Febr., als einer von unserm Berliner D. Correspondenten emanirten preussischen Circulardekrete läugnet. — Wir müssen es natürlich der Redaktion der Nat.-Ztg. und unserm Correspondenten anheimgeben, ob und wie sie die Richtigkeit ihrer Mittheilungen widerlegt darüber wollen oder nicht. Jedemfalls haben wir allen Grund, ihnen mehr Glauben zu schenken, als der „Deutschen Reform“, welche, obwohl sie sich in ihren Berichtigungen als ministerielles Organ zu geriren pflegt, vor noch nicht langer Zeit von unserm Ministerpräsidenten dem Fürsten Schwarzenberg gegenüber, mit der geklammerten gleichgültigen Presse, in Bezug auf die Mittheilungen über die Dresdener Konferenzen desavouirt worden ist.

zu erwarten steht, oder ob noch ein mehrmaliger Notenwechsel erforderlich sein dürfte. Mehr als das Letztgenannte wird es wohl schwerlich erfordern, um endlich nach den vielen Versäumnissen ein gleichmäßiges Programm der beiden Großmächte herzustellen. Ob später noch andere Differenzen bei der Behandlung anderer speciellen Angelegenheiten stattfinden werden, ist nicht ganz unwahrscheinlich, denn selbst die jetzige Unterhandlung ist keine mit Offenheit und gegenseitigem Vertrauen geföhrte, sondern ein durch diplomatische Künste und Argumente bewirktes Handeln, von dem man nicht sagen kann, wie bald sich der eine oder andere Theil in seinen Voraussetzungen getäuscht findet. Alsdann könnten neue Vorbehalte, neue Differenzen entstehen, um welche man nicht lange zu suchen nöthig hat.

Nach mehr als schwachen Vermuthungen läßt sich wohl annehmen, daß in nicht sehr langer Zeit die gegenwärtigen Unterhandlungen der beiden Großmächte auf der Basis des Neunerprojekts zum Ziele führen werden. Thatsächliche Anhaltspunkte fehlen uns jedoch zu dieser Behauptung gänzlich, und deshalb sind wir außer Stande, faktische Beweise zu liefern; allein äußere Zeichen der Situation wie der wirkenden Personen lassen diese Vermuthung zu einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit heranziehen.

In Dresden traf der Graf v. Alvensleben am 10. März ein, an welchem Tage auch mehrere andere Vertreter der kleineren Staaten dort ankamen; bis heute dürften deshalb die Konferenzmitglieder vollständig versammelt sein. Vorlagen für ihre Thätigkeit sind nicht vorhanden und es ist auch noch nicht bekannt, wie und wann dieselbe eröffnet werden soll. Baron v. Bülow, der Vertreter Holsteins und Lauenburgs für den König von Dänemark, welcher anfangs durch den Baron v. Pechlin ersetzt werden sollte, wird nach neuen Instructionen auf seinem Posten einwirken bleiben, ebenso der Vertreter für Limburg und Luxemburg, Minister Wilmars. Beide dürften jedoch, auch nach vorhergegangener Verständigung der beiden Großmächte über den Neunerentwurf, mit Entschiedenheit dagegen opponiren und nöthigenfalls protestiren. Daß sich ihnen auch einige andere kleine Staaten anschließen werden, ist wohl mehr als wahrscheinlich.

Die Allgemeine Zeitung hat denn ihre dresdener bairischen Professorenrartikel (wir wollen aus Discretion den Schreiber jener eigenthümlichen dresdener Referate über die Sitzung vom 23. Febr. und auch von vorher nicht nennen; wir kennen ihn ganz ungewißhaft; es würde jedoch ein nicht sehr glünftiges Schlaglicht auf diese seine Thätigkeit, von seinem „früheren“ Standpunkte aus beurtheilt, werfen) eingestellt und fängt denn doch an, die Wirklichkeit der Thatsachen allmählich anzuerkennen; es existirt schon jetzt ein Konflikt der beiden Großmächte bei ihr. Dagegen bringt sie jetzt ausführliche Beweise und Rechtsbegründungen in längerer Leitartikeln, die den Nachweis führen sollen, daß der Eintritt der österreichischen Gesamtmonarchie lediglich eine innere deutsche Bundesfrage sei, worin das Ausland sich in keinem Falle zu mischen habe. (D. A. Z.)

Dresden, 14. März. Gestern hat die dritte Kommission der Ministerialkonferenz, die mit den materiellen Interessen beauftragt ist, eine Sitzung gehalten. Dem Vernehmen nach wird das erste Gutachten der Sachverständigen nunmehr an die Plenarversammlung gebracht werden. (D. Z.)

Frankfurt a. M., 12. März. [Verschiedenes.] Die von Zeit zu Zeit noch vorkommenden Zusammenkünfte unserer Diplomaten im künftigen Thurn und Taxischen Palais werden mit Unrecht Stungen genannt, da solche, wie ich aus verlässlicher Quelle erfahre, schon mehrere Wochen, ja selbst Monate hindurch lediglich die gegenseitige Mittheilung von Depeschen oder andern Neuigkeiten bezweckten. Gewiß ist dagegen, daß dasselb keinerlei Verhandlungen stattfinden, viel weniger denn Staatsgeschäfte abgefertigt werden. — Seit der Rückkunft des königl. preuß. Obersten v. Herwarth, Brigadekommandanten der hier und in der Umgegend bilozirten königl. preuß. Truppenabtheilungen, von Berlin, unterhält man sich in militärischen Kreisen von einer abermaligen Veränderung unserer Garnisonsverhältnisse, die jedoch allererst gegen Ende dieses Monats eintreten dürfte. (Pr. Z.)

Mannheim, 11. März. Das Mannheimer Abendblatt bringt heute ein angelegliches Antwortschreiben des Fürsten Schwarzenberg auf das Schreiben des Königs von Württemberg, sehr jedoch hinzu, daß es dessen Lechtheit nicht verbürgen könne; es sei ihm in Abschrift zugekommen.

Stuttgart, 12. März. [Wahlen.] Den Bezirksbeamten ist die vorläufige Anzeige gemacht worden, daß demnach die ständischen Wahlen stattfinden werden. Man meint allgemein, daß die Wahlen in der zweiten Hälfte des Aprils und die Einberufung nach den Bestimmungen der Verfassung bis spätestens 6. Mai stattfinden wird. — Die Festungsbehörden zu Ulm erklären sich gegen den massiven Bau der dort zu errichtenden Eisenbahnbrücke über die Donau.

Würzburg, 11. März. [Oesterreicher.] Heute Mittag kam eine Abtheilung österreichischer Artillerie auf dem Marsche nach Mainz hier durch und wurde in der Umgegend einquartiert. (W. Z.)

**** Kassel, 13. März.** [Zagesbericht.] Nachdem der Staatsminister v. Ulden gestern Abend hier angekommen und im Gasthofe zum römischen Kaiser, wo auch Graf Leiningen wohnt, abgestiegen war, ist heute Morgen General v. Peucker von hier abgereist. v. Ulden war heute bereits in langer Konferenz mit v. Haffensflug. Daß sich durch diesen Wechsel unsere Lage nicht verbessern wird, daran zweifelt hier Niemand. — Gegen Dr. Gräfe war bereits vor seiner Verhaftung eine Untersuchung wegen Aeußerungen, als: „man müsse jetzt der rohen Gewalt weichen“, und „wer nicht die Ansichten Haffensflugs theile, werde als Rebell betrachtet“, anhängig. Diese ist geschloffen und Dr. Gräfe zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe vom Kreisgericht erster Instanz verurtheilt worden. Wie wir hören, wird er appelliren. Das Schicksal der übrigen Verhafteten, Schwarzenberg, Henkel und Bayrhoffer hat keine Aenderung erlitten. — Auf der Bahnstrecke von hier nach Würzburg fand gestern eine Probefahrt statt. Sie wird nächstens dem Verkehr übergeben werden.

Gotha, 10. März. [Die Vereinigung.] Die Kommission, welche die Frage der Vereinigung der Herzogthümer Koburg und Gotha in Betrachtung zieht, hat ihren Bericht erstattet. Die Nothwendigkeit der Vereinigung ist verneint, die Möglichkeit hinsichtlich der Justiz bejaht, hinsichtlich der Verwaltung verneint. In Betreff einer gemeinsamen Volksvertretung hingegen stimmt die Kommission der ministeriellen Vorlage bei. (E. Z.)

Hannover, 12. März. [Zweite Kammer.] Freudentheil stellte an das Ministerium die Anfrage, was die Regierung zur Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes in Kurhessen bisher gethan und noch thun gedenke, rechtferdigte dieselbe in entsprechender Weise, und bemerkte, daß er zwar heute noch keine Antwort, jedoch solche vor der bevorstehenden Vertagung der Ständeverammlung erwarte. — Lindemann: Es werde heute schon diese Antwort gegeben werden können, welche später möglich sei. Die Regierung könne

sich nur auf das beziehen, was in dem Schreiben über die deutsche Frage über ihr Verhalten in der heftigen Angelegenheit enthalten sei, und bereits bei Gelegenheit der Verhandlung über jenes Schreiben, dem Hause mitgetheilt sei. Freudentheil: Er behalte sich in dieser Sache einen geeigneten Antrag vor. (Hann. Zi.)

Leipzig, 13. März. [Die Oesterreicher.] Von einer unabsehbaren Menschenmenge erwartet, traf heute in der Mittagsstunde der Brigadeführer, der Regimentsstab und das 1. Bataillon des österreichischen Regiments Erzherzog Albrecht hier ein. Die Truppen sahen durchweg gesund und frisch aus; ein grünes Buchsbaumzweiglein schmückte jeden Szako. Am Bahnhofe empfingen die Offiziere und das Musikkor der Garnison die Ankommenden und geleiteten den langen Zug auf der Promenade nach dem Hofplatze. Hier wurde Halt gemacht und nach einer Weile begann die Vertheilung der Quartierzettel. Das Bataillon wird heute hier übernachten und morgen früh die Reise nach Dresden fortsetzen. (D. A. Z.)

*** Hamburg, 9. März.** [Die Anwerbung für Brasilien.] 500 deutsche Männer, welche für Deutschlands Ehre in den Herzogthümern gesochten, sind nun für brasilianische Kriegsdienste angeworben. Die Gründe, welche dieselben zu diesem verhängnisvollen Schritte veranlassen, bestehen theils in momentaner Noth, theils in der Besorgniß bei ihrer Rückkehr nach Preußen — insofern sie diesem Staate angehören — deswegen zur Strafe gezogen zu werden, weil sie am 15. Decbr. v. J. der Einberufungsordre nicht Folge geleistet, theils und vornehmlich aber in den lockenden Bedingungen, welche die brasilianische Gesandtschaft den Unglücklichen macht. Dieselben sind jetzt den Angeworbenen gedruckt in die Hände geliefert und wir wollen sie Ihnen der Kürzlichkeit halber mittheilen. Sie lauten: 1) Die Dauer der Dienstzeit ist auf mindestens 4 und höchstens 8 Jahre bestimmt. 2) Den Angeworbenen ist Wohnung und alle sonst damit verknüpfte Emolumente gesichert. 3) Nach überlender Dienstzeit wird ihnen ein Landgeschenk in Rio Grande da Sol oder Santa Catharina oder sonst wo geschenkt. Für die Gemeinen und Unteroffiziere besteht dasselbe aus einer Flächenmasse von 22,500 Quadrat-Brassen; für die Subaltern-Offiziere bis zum Hauptmann einschließend beträgt der Flächenraum 62,500 und für Stabs-Offiziere 122,500 Quadrat-Brassen. Diejenigen, welche in Brasilien nicht verbleiben wollen, erhalten dafür eine entschädigende Summe Geldes. Außerdem ist noch von 20 Thälern gesprochen, deren beide Hälften ihnen beim Betreten und Verlassen des Schiffes ausbezahlt werden. 4) Nach 2 Jahren kann die Regierung die Angeworbenen wieder entlassen, welchen letzteren aber absondern der volle Anspruch auf Sold verbleibt. 5) Die preussische Militärdienstzeit wird in Brasilien eingeföhrt und stmo Angeworbene mehr als die Garde- und Musteroldaten zu betrachten. — Die goldenen Bedingungen sind hiemit noch nicht beendet, doch haben Sie an dem Mitgetheilten genug. Wie wenig die Angeworbenen denselben trauen, ist daraus zu entnehmen, daß sie verlangt, man möchte sie gleich beim Besteigen des Schiffes bewaffnen; auch dies wurde ihnen zugestanden. Ist ja ein Versprechen nur ein Wort! Wie wenig aber die Reputationsgenieße ihr Wort zu erfüllen gedenken, erhellt daraus, daß sie auf das Verlangen eines Lieutenants, bei einem hiesigen Hause für die Versprechungen Garantie einzulegen, nicht eingegangen. — Von den bevorstehenden Veränderungen in der österreichischen Garnison werden Sie schon vernommen haben. Ein Offizier dieses Militärs nannte kürzlich einen Kameraden aus der schleswig-holsteinischen Armee einen Insurgenten, worauf dieser den Weidiger forderte und ihm eine leichte Wunde beibrachte. Legebüch hat den Fall sehr mißfällig aufgenommen, so daß die Versekung des beleidigten Offiziers zu erwarten steht. Im Paffe eines kriegsgefangenen schleswig-holsteinischen Offiziers wurden dänischerseits die Worte geschrieben: „als bewaffneter Waghund aufgeföhren in den Landen Sr. Majestät des Königs von Dänemark.“

Magdeburg, 12. März. Der Rest der in Lübeck gelegenen österreichischen Truppen, welche fast eine äußerst wohlwollende Aufnahme gefunden haben, kam heute mit einer Batterie und drei Kompagnien Kaiserjäger hier an, um Morgen über Mölln und Schwarzenbeck per Eisenbahn nach Oesterreich zurückzuföhren. Die Windischgräz-Geheuertrüge werden, wie es jetzt heißt, das Postkutsche nicht vor Ablauf von drei bis vier Wochen räumen. Bis dahin erwartet man hier keine Einquartierung. — Gestern Abend desertirten vier Oesterreicher; in Lübeck sollen 300 (?) davon gegangen sein. (H. E.)

Oesterreich.

N. B. Wien, 14. März. [Zagesbericht.] Das österreichische Kabinet richtete eine energische Note an die Pforte, worin die definitive Beuhigung Bosniens und der Herzegowina, so wie eine bessere Grenzregulirung verlangt wird. Dabei ist auch der Errichtung des Freihafens in Skutari gedacht, und will man darin eine feindselige Demonstration gegen Triest erblicken. — Der Minister-Präsident Fürst v. Schwarzenberg hat das Schreiben des Königs von Württemberg beantwortet. Derselbe ist nichts weniger als den Ansichten des Königs entgegen, hält aber nur die Zeit zur Realisirung dieser Intentionen für noch nicht geeignet, indem der Fürst als oberste Bedingung erst eine Einigung und Uebereinstimmung der deutschen Fürsten zum gemeinsamen Handeln als nöthig erachtet, und erst dann, wenn dieses Ziel erstrebt, den gerechten und billigen Anforderungen der Nation im Sinne des Königs von Württemberg Rechnung getragen werden könne. — Der Advokat Gönggösch in Pesth, beschuldigt, mit der ungarischen Emigration in London einen Briefwechsel unterhalten zu haben, wurde dieser Tage verhaftet und ins Neugebäude in Pesth abgeföhrt.

O. C. Die bischöfliche Versammlung, welche hier allernächst zusammentreten wird, soll sich, wie wir vernehmen, vorzüglich mit drei Gegenständen beschäftigen, und zwar mit der Art und Weise, wie künftig die Gebahrung des Kirchenvermögens einzurichten wäre, sobald mit weiteren Vorschlägen zur Regelung des Volksaufwuchses, und endlich dreitens, um die Mittel aufzufinden, durch welche die materielle Lage des niederen Klerus verbessert werden könnte.

Aus Ober-Italien, 6. März. [Fortwährende Truppen-Ansuföhungen.] Das totale Stillstehen, wogu hier jede Regung der öffentlichen Meinung, also auch die Zeitungen, durch die aufwallenden Truppenmärsche und Aufstellungen nach Piemont und der Schweiz weniger verlautet, als doch der Bedeutung werth wäre. Die Dampfschiffe von Triest nach Venedig, die Eisenbahnen von Venedig nach Verona, und von da weiter die Straßen nach Mailand, Pavia, und zumal Como, sind ununterbrochen mit Soldaten besetzt, welche aus dem Innern der Monarchie oder vielmehr aus Böhmen kommen, wohin sie im vergangenen Herbst von hier aus hinarufgehrt waren. Gegen 50,000 Mann sind allererst seit Anfang des Jahres über den Jonjo eingerückt, wovon etwa die Hälfte als Verstärkung der Garnisonen im Kirchenstaate und Toskana abgeht, die andere aber jenes Observations-Corps bildet, welches zwischen dem Comer- und Langensee, wo die Schweiz und Piemont mit ihren Grenzen zusammenstoßen, aufgestellt wird. Dieses Corps soll bis auf eine Stärke von 50,000 Mann gebracht werden und General Nugent den Oberbefehl erhalten. Briefe aus den Grenzorten berichten, daß der bürgerliche Handelsverkehr bereits so gut als aufgehört habe, und selbst Einföhren von Getreide zurückgehielten worden seien. Einzelne Nationalen Tessiner Behörden sind mit Hohn abgewiesen und

Großbritannien.

F r a n f r e i c h.

G ch w e i z.

Ommanisches Reich.

Sprechsaal.

Ueber städtische Hypotheken-Credit-Institute.

Provinzial - Zeitung.

16. März 1851.

Nachmittags 3 Uhr auf dem einflussreichen

Montag den 17.
Nachmittags 3 Uhr auf dem rathhäuslichen Fürstensaale.

Ich erlaube mir ergebenst anzuzeigen, daß ich ein **Kommissions-Lager** von

echtem peruanischen Guano

von dem Herrn **Dekonomierath Geyer** in **Dresdener** übernommen habe und bei Partien von unter 20 Ctr. den Ctr. zum festgestellten Preise von

4 Thlr. 15 Sgr. und bei Partien über 20 Ctr. **4 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf.** verkaufen werde.

Bei der in Folge der eingetretenen ungünstigen Witterung verzögerten Schifffahrt dürfte jedoch das Eintreffen der meinem hiesigen Kommissions-Lager direkt von Hamburg zugewiesenen Zufuhren kaum vor Ende dieses Monats zu erwarten sein; ich bin daher im Interesse derjenigen Herren Landwirthe, welche frühzeitig im Besitze des Guano zu sein wünschen, vom Herrn Dekonomierath Geyer beauftragt, Bestellungen zur sofortigen Effectuirung per Eisenbahn vom Dresdener Lager anzunehmen.

In diesem Falle stellen sich die Preise frei ab hier bei Partien von unter 20 Ctr. auf

4 Thlr. 26 Sgr. per Ctr., bei Partien über 20 Ctr. **4 Thlr. 24 Sgr.** per Ctr.,

und erlaube ich bereits in den nächsten Tagen eine größere Partie für mein hiesiges Lager zu diesen Preisen per Eisenbahn von Dresden. — Nach Eingang der direkten Zufuhren von Hamburg per Bahn treten dagegen die oben mitgetheilten Preise von 4 Thlr. 15 Sgr. resp. 4 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. per Ctr. frei ab hier ein.

Ferdinand Nehm in **Breslau**, **Ritterplatz Nr. 1.**

Der Unterzeichnete bestatigt hiermit, für **Breslau** nur Herrn **Ferdinand Nehm** daselbst ein Lager von echtem peruanischen Guano zum kommissionarischen Verkauf übergeben zu haben.

Dresden, den 8. März 1851.

Dekonomierath Geyer.

Privat-Aktuarien-Verein für Schlesien.

General-Bericht.

Der am 26. Aug. 1848 durch Vollziehung der Statuten ins Leben getretene Verein, welcher 1) sich zur Aufgabe gemacht, die Stellung der Privat-Aktuarien im Allgemeinen möglichst zu heben und zu sichern, und den Vereinsmitgliedern in Fällen unverschuldeter Bedürftigkeit mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln die möglichste Abhilfe und bestimmte Unterstützung zukommen zu lassen, 2) den Beitritt zum Vereine nur den, bei einem der Herren Rechtsanwältel Schlesien angehängten Privat-Aktuarien, welche unbescholten sind, das 18. Jahr zurückgelegt, und erwieslich ein Jahr hindurch ununterbrochen im Justizfache gearbeitet haben, gestattet, zählte am Stiftungstage 66 Breslauer Mitglieder, denen sich bald aus der Provinz mehrere angeschlossen.

Die Statuten wurden der königl. Regierung eingereicht, welche, gegen die Bildung des Vereins und den Inhalt der Statuten nichts zu erinnern fand, wie in dem Rescript vom 24. October 1848 ausdrücklich ausgesprochen ist.

Der Verein hat während seines 2 1/2-jährigen Bestehens seinen Zweck, wenn auch noch nicht vollständig, doch großen Theils erreicht, und hätte dies bei Weitem mehr, wenn sämmtliche Herren Rechtsanwältel Schlesien in ihrem eigenen Interesse den § 13 der ihnen mitgetheilten Statuten beistimmend hätten, wodurch eine größere Theilnahme aus der Provinz und demnach auch die Möglichkeit herbeigeführt worden wäre, ihnen stets ordentliche und tüchtige Arbeiter zu verschaffen.

Die Zahl der Mitglieder hat sehr variirt, indem namentlich im ersten Jahre, viele wegen nicht pünktlicher Festhaltung der Statuten ihre Mitgliedschaft verloren, einige aber freiwillig ausgetreten. Mehrere sind, ungeachtet sie einem andern Stande angehört geworden, dennoch dem Vereine treu geblieben und wirken nach wie vor, für denselben. Zwei Vereinsmitglieder sind verstorben, und vom Vereine mit Auszeichnung beehrt worden.

Bald nach Konstitution des Vereins hat der Anwaltverein für Schlesien, zur Förderung der Vereinszwecke 175 Rthl. in Staatsschuldverschreibungen, und 69 Rthl. 26 Sgr. 11 Pf. baar überwiesen, und zur Kappe des Vereins gezahlt.

Was den jetzigen Vermögenszustand betrifft, so ist derselbe ein sehr befriedigender, da, obgleich bedeutende Unterhaltungen gewährt worden, doch die zinsbringenden Papiere nicht allein nicht angegriffen, sondern vermehrt worden sind. Zur näheren Uebersicht folgt hier die von der Kassenverwaltung gefertigte:

I. der Einnahme:		Zusammenstellung	Vergräbnisse	Altkassa
A. v. 1. Sept. 1848 bis dahin 1849	286 Rthl. 18 Sgr. 7 Pf.	63 Rthl. 18 Sgr.	175 Rthl.	
B. v. 1. Sept. 1849 bis dahin 1850	120 „ 13 „ 6 „	45 „	40 „	
C. v. 1. Sept. 1850 bis 1. März 1851	41 „ 26 „ 9 „	14 „ 24 „		
Summa	448 Rthl. 28 Sgr. 10 Pf.	123 Rthl. 12 Sgr.	215 Rthl.	
Gesamt-Einnahme	787 Rthl. 10 Sgr. 10 Pf.			
II. der Ausgabe:				
A. v. 1. Sept. 1848 bis dahin 1849	139 Rthl. 22 Sgr. 6 Pf.			
Darlehne	30 „			
Einrichtungen u. Verwaltungskosten	79 „ 23 „ 9 „			
Zum Ankauf von Altkassa	45 „ 13 „			
Summa	294 Rthl. 29 Sgr. 3 Pf.			
B. vom 1. Sept. 1849 bis dahin 1850	22 Rthl. 21 Sgr. 3 Pf.			
Darlehne	25 „			
Verwaltungskosten	15 „ 23 „			
Summa	63 Rthl. 14 Sgr. 3 Pf.			
C. v. 1. Sept. 1850 bis 1. März 1851	5 Rthl. — Sgr. — Pf.			
Darlehne	50 „			
Verwaltungskosten	11 „ 3 „			
Summa	66 Rthl. — Sgr. — Pf.			
Gesamt-Ausgabe	504 Rthl. 13 Sgr. 9 Pf.			
Von der Gesamt-Einnahme per	787 Rthl. 10 Sgr. 10 Pf.			
ab die Gesamt-Ausgabe per	504 „ 13 „ 9 „			
bleibt Bestand	283 Rthl. 27 Sgr. 1 Pf.			
Dazu die ausstehenden Darlehensreste	47 „			
ergibt gegenwärtiges Vereins-Vermögen	329 Rthl. 27 Sgr. 1 Pf.			

Das Direktorium.
Marx. Fiedler. Hoffmann H. Schüttelhelm. Scheiblich. Rbmhild.
Fölich. Wapanz. Wendant.

Die neuen Modelle,

welche ich vor Kurzem aus Paris erhalten, sind bereits kopirt und empfehle **Frühjahrs-Mäntel u. Mantillen** auf Sauberste gefertigt, in ansprechend neuer Weise arrangirt.

Adolf Sachs,

Oblauer-Strasse Nr. 5 u. 6, „zur Hoffnung“

Anzeige und Empfehlung.

Mit hoher Bewilligung der königl. Regierung hat der Unterzeichnete neben seiner lithographischen Kunstanstalt auch eine

Etiquetten-Fabrik

errichtet, und ist derselbe im Stande, alle möglichen Etiquetten, sowohl durch lithographische, als auch durchdruckerepressen, Präg-, Vert-, und Glättmaschinen, von der ordinärsten bis zur feinsten Gattung, schwarz, in Farben, Silber und Gold zu verfertigen.

Derselbe erlaubt sich sowohl sämmtliche Herren Fabrikanten jeder Art, des Geber, Parfümeur und Conditor etc., überhaupt alle jene, die Etiquetten bedürfen, zu Bestellungen einzuladen, und verspricht in jeder Beziehung billige und prompteste Ausführung gefälliger Aufträge.

München, den 1. Februar 1851.

Thomas Driendl.

Nicht zu übersehen.

Den geehrten Herren Landwirthen erlaube ich mir, bei dem Herannahen der Saatzeit, meinen Vorrath von Getreide-Sämaschinen, Siebelschneidmaschinen (für Menschenhände und zum Hofscherbetrieb) und verschiedene Arten Pflüge, zu den nur möglichsten billigen Preisen zu empfehlen.

J. B. Münichs Witwe.

Maschinenbau-Werkstatt, Ober-Vorstadt, Rosenthalerstrasse Nr. 4.

Breslau.

Das Kattun-Lager im Börsengebäude, Eingang von der Roßmarktseite, ist mit neuer ächter, schwerer und schöner Waare auf das Reichhaltigste ausgestattet.

Die Seidenfärberei und Wasch-Anstalt von J. Schnabel,

in der **Oblauer Vorstadt, Holzplatz Nr. 47**, empfiehlt sich zum Färben und Waschen aller seidenen, wollenen, baumwollenen und gemischten Stoffe, die sie auf Besuche in allen Farben und wie neu herstellt; zu bevorstehendem Frühjahr aber besonders im Waschen und Glätten der Möbel- und Gardinenstoffe, im Waschen von Shawls und Tüchern jeder Art, so wie Tischdecken und Kuchentüchern. Sonnenlichte und Kinder werden in allen Farben gefärbt und ungetrennt wieder wie neu hergestellt. Auswärtige Aufträge werden in möglichst kurzer Zeit und aufs Billigste ausgeführt. Alle Aufträge werden auch in der Feinwand-Handlung des Hrn. C. Helbig, Oblauer Straße Nr. 1 in der Kornstraße, ohne jede Preis-Erhöhung angenommen.

Strohputzwäsche.

Um das verbreitete Geruch, als hätte ich mein Geschäft verkauft, hiermit zu beseitigen, zeige ich ergebenst an, daß dies gänzlich unbegründet ist, ich im Gegenteil mein Geschäft durch Erweiterung meiner Einrichtung noch umfangreicher als früher betriebe, und alle Strohputzwäsche, aufs sauberste und schnellste bejorge.

Fein präparirten Cacao-Thee!

Dieser sorgfältig bereitete Thee liefert ein eben so angenehmes als gesundes und nahrhaftes Getränk ohne Keiz oder Ballung im Blute hervorzubringen, es empfiehlt daher denselben zu dem Preise von 6 und 8 Sgr. das Pfund:

L. Friedrich, Conditor, Neustadtstr. Nr. 7.

Gebrüder Bauer in Breslau,

Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 11.
Carl Masdors in Briesg, Gustav Vollack in Goldberg, J. G. Dietrich's Wittwe in Briesg, A. G. Stodt in Krotoschin, J. Tilgner in Liegnitz, J. C. S. Schrich in Löwenberg, Jos. Elguth in Reife, W. Kehler in Ratibor, Friedr. Kuhnert in Kreuzburg und Rosenberg, und Ad. Greiffenberg in Schweidnitz empfehlen ihr wohlsortirtes Lager der echten **Goldberger'schen galvan-electr. Rheumatismus-Ketten** (à Stück mit Gebr.-Anweisung 1 Thlr., stärkere 1 1/2 Thlr. in doppelter Construction, gegen veraltete Uebel anzuwenden, à 2 Thlr. u. 3 Thlr.) allen an **rheumatischen, gichtischen und nervösen Uebeln** Leidenden.

Haarerzeugendes grünes Kräuter-Öel, einzig und allein wahrhaft wirksames Mittel, auf gänzlich kahlen Stellen des Kopfes Haare zu erzeugen, als auch das Ausfallen und Ergrauen zu hindern, à Fl. 25 Sgr.
Viver u. Comp., Breslau, Bischofs-Strasse, Stadt Rom.

Zu Einfegnungen

empfehlen schwarze franz. Glanz-Lafette, schwarze Thymbets, Twilts, Camlots in vorzüglicher Güte, zu bekannt billigen Preisen:

Jungmann und Gräupner, Ring Nr. 52, Naßmarktseite.

Gleichzeitig zeigen wir unsern geschätzten Kunden ergebenst an, daß wir nebst unsern bisherigen **Stickeren und Weißwaaren-Lager**, namentlich ein **neues Wollewaaren-Lager** in **Thybes, Cachemir, Lustre, Olivia und Ecolien Soie**, verbunden mit den neuesten Modellen aller Arten, **Kinder-Anzüge** für Knaben und Mädchen, welche in unserem besonders dazu errichteten Atelier auf das gezeigteste copirt werden, führen, und welches der geneigten Beachtung bestens empfehlen.

Jungmann und Gräupner,

Ring Nr. 52, Naßmarktseite.

A v i s!

Unsere geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß wir täglich Zufuhren der **neuesten Frühjahrsfächer** aus den renommiertesten Fabriken empfangen.

Gebrüder Littauer,

Ring Nr. 42, 1 Treppe.

Spizen-Mantillen,

abgepaßt und arrangirt, in den neuesten Façons, **Charypes, Schleier, Berthen, Barben**, so wie die neuesten englischen und französischen Stickeren, als **Gesmisettes, Kragen, Aermel, Taschentücher, Moll und Batist, Einfäse und Streifen**, empfehlen in großer Auswahl zu den billigsten Preisen:

Lustig und Thunack,

Schweidnitzer Straße Nr. 1, vis-à-vis der Kornstraße.

Rosenbäume, in schönen und neuen Sorten; — **Moosrosen** in rosa, weiß, dunkelroth, — **Centifolien**, — **Thea**, — **Bouquetts**, — **Hybriden**, — **Bourbonrosen** und dergl., à Stück 10 bis 20 Sgr., ganz hohe Prachtbäume, à 1 bis 2 Rthl., 60 Stück 15 bis 30 Rthl. **Burgelächte Thea**, **Bourbon**, **Hybriden**, **Bouquetts**, **Pimpinell** und **starke Monatsrosen**, 12 Stück 2 Rthl., kleine Monatsrosen, 12 Stück 18 Sgr., **Verbenen** in vielen Farben, 12 Stück 1 Rthl., **Gartenprimel**, 60 Stück 15 Sgr., **Aurikel**, 60 Stück 1 Rthl., **Buchsbäumchen**, der Fuß 1 1/2 Sgr., 12 Stück Georginen 1 Rthl. u. u. m., bei **Carl Böser, Gärtner in Briesg, Bischofsstr. Nr. 45.**

Geschäfts-Anzeiger des Vereins der Kommissionäre.

Engagements suchen zum 1. April Commis, die im Speziale-Geschäft routinirt sind. Näheres bei **C. Leubuscher**, Albrechtsstr. Nr. 47.

Für Beihilfe weist Stellen in Manufaktur-, Speziale-, Wand-, Galanterie u. Comtoir-Geschäften zum sofortigen Antritt nach. D. D.

Offene Stellen! 1 Gouvernante, 1 Beamter der den Kunstschmuck gründlich versteht, 1 Hauslehrer, 2 Apotheker-Gehilfen und 1 dergl. Beihilfe, 1 Handlungslehrling in ein Dampfergeschäft, 1 Wirtschaftlerin, 1 Kammerjungfer, 6 Dekonome-Gleichen u. m. a. Lehrlinge können sofort gut placirt werden durch **C. Berger, Bischofsstr. Nr. 7.**

Meine Herren! Eine gebildete Dame aus anständiger Familie, welche viele Jahre der Haus- und Hand-Wirtschaft vorgegangen hat, sucht eine ihren Verhältnissen angemessene Stelle. 1. **Polenair und 1 Cleve** auf ein großes Gut werden gesucht. **Ein Rittergut** mit ca. 850 Morgen Aderland, einem neugebauten Schloß und guten Wirtschaftsgeländen. Nähere Auskunft ertheilt **F. Behrend, Dhlauerstr. Nr. 79.**

Auffallende Billigkeit! Neueste Eleganz!

in fertigen Berliner Herren-Anzügen, finden Sie unstreitig nur in meinem Magazin, Schweidnitzer Straße 5, im goldnen Löwen, 1 Stiege hoch. Ich verkaufe fertig vom Lager für jede Größe passend, und jedem selbst dem solidesten Geschmack entsprechend, die nobelsten Zweens, Paletots, Zuckröde, Fracks, Beinkleider und Westen, so wie die prachtvollsten Haus- u. Schlafroben, so außerordentlich billig, daß Ihre Erwartungen möglichst noch übertroffen werden können. Ueberzeugen Sie sich gefälligst.

Schweidnitzer und Junkernstraßen-Ecke Nr. 5, im goldnen Löwen, 1 Stiege.

Industrie-Angelegenheit.

Durch die erfolgte Aufhebung der Zoll-Linie zwischen dem Königreiche Polen und Kaiserreich Preußen hat sich der Industrie dieser Landestheile, namentlich des Königreiches Polen, ein sehr weites Feld der Thätigkeit und des Absatzes geöffnet, und es dürfte im Interesse vieler ausländischen Fabrikanten und sonstiger Industrie-Unternehmer liegen, sich in Polen niederzulassen. Allen Denjenigen, welche ein derartiges Unternehmen beabsichtigen, wird hiermit die Kaiserstadt Belchato zur Niederlassung empfohlen, welche sich durch ihre günstige Lage zu jedem Fabrikunternehmen eignet, da sie nur 3 Meilen von der Station Pettau an der Warschau-Myslowitzer Eisenbahn entfernt ist.

Von Seiten des unterzeichneten Besitzers wird den etwaigen Unternehmern, sowohl bei ihrer Niederlassung als auch beim Betriebe ihres Geschäftes die möglichste Unterstützung zugesichert, mit welchem sich dieselben wegen der näheren Bedingungen in direkte Correspondenz setzen belieben.

V. Kaczowski, Besitzer von Belchato im Königreich Polen.

Deutsche Betriebs-Kapital- und Aussteuer-Anstalt für den Handels- u. Handwerkerstand.

Anmeldungen zur Aufnahme von Mitgliedern, Beihilfe Erwerbung von Betriebs- oder Aussteuer-Kapitalien, im Betrage von **100 Rthl. bis zu 10,000 Rthl.** werden angenommen, so wie auch das Programm der Anstalt, die Aufnahme-Bedingungen enthaltend, unentgeltlich verabreicht bei **Neustadt Dberschl.**

S. W. Choken, Agent.

Kunstanzeige. Letzte Anmeldung

bis Montag den 17. März d. J. Naturzeichnen und Malen ist in 4 Stunden zu erlernen, falls die Anmeldung schnell geschieht. Anstalt der Gemälde von 12 1/2 bis 15 1/2 und von 4 bis 4 1/2 Uhr. **Jaegermann und Frau, Albrechtsstr. Nr. 24, eine Treppe hoch rechts.**

Von der Messe zu Frankfurt a. d. O.

empfang ich so eben meine daselbst persönlich eingekauften neuen Waaren, und da es mir gelungen ist, mehrere Partien reeller Waaren sehr preiswürdig zu kaufen,

so offerire ich hiermit einige Artikel für gütigen Beachtung: die modernsten wollenen Double-Schawl-Tücher in einer Auswahl von 250 Stück, à 2 1/2, 3 bis 5 Rthl. pro Stück, die modernsten Mousseline de Reine-Kleider, à 2 1/2, 3 bis 4 Rthl. 10 Sgr., englische und französische breite bunte Batiste, alle Gattungen der neuesten wollenen und halbwillenen Kleiderstoffe, à 2 1/2 bis 3 1/2 Rthl. das Kleid, achte Doublets in allen beliebigen Farben in allen Größen, à 3, 4 bis 12 Rthl. pro Stück, 3 Ellen große wollenen Umschlagerücher, à 1 Rthl. 25 Sgr., bis 2 Rthl. 10 Sgr. das Stück, große ostindische gangbare Taschentücher in großer Auswahl, à 1 Rthl., die modernsten Sommer-Umschlagerücher u. s. w.

M. B. Cohn, Ring Nr. 10 u. 11 im Gewölbe.

Die Bleich-Anstalt des Kaufmann Carl Troll in Hirschberg in Schlesien

empfehle ich ganz ergebenst zur Beförderung einer vorzüglich schönen, völlig unschädlich reinen **Natur-Nasen-Bleiche**, sowohl von gewirkten Haus- u. Bleichwaaren, als von Garn und Zwirn. Auch besorge dieselbe Wirkstoffe, als: **Fische** und **Handtücher** in Schachwis und Damast, Leinwand, Creas u. d. g. aus ihr zugefandenen Garnen, so wie diese Artikel auch stets durch dieselbe zu den möglichst billigen Preisen zu beziehen sind.

Bleichwaaren zur Beförderung an obige Anstalt übernehmen:

In **Breslau** die Herren **Behr u. Comp.**, Albrechtsstr. 14.
In **Brieg** Herr **C. G. Detsch.**
In **Meiße** Herr **A. Croce.**
In **Reichenbach** Herr **J. G. G. G. G.**
In **Stettin** Herr **H. Müller u. Comp.**
In **Strasburg** Herr **C. G. G. G. G.**
In **Wien** Herr **F. Paul.**
In **Ratibor** Herr **H. Ring.**

Zur gütigen Beachtung.

Meine Damen-Putz-Handlung,

versehen mit den neuesten Frühjahrs-Modellen, befindet sich jetzt nur am **Ring** (grüne Nebenseite) **Nr. 37**, neben Kaufmann **Hrn. Veltner** und **Dreißig**, in der ersten Etage.

Henriette Burghardt.

Echte Malz-Bonbons!

gegen katarrhischen und ähnlichen Husten, in versiegelten Cartons, das Pfund 10 Sgr. empfiehlt als sehr beistützig: **L. Friedrich, Conditor, Neustadtstr. Nr. 7.**

Spizen-Mantillen,

neueste Façon, im Preise von **8, 10, 12 Rthl.** verkaufe jetzt zu **5, 6, 7 Rthl.** **J. Seelig, Schweidnitzer Str. 52, 1 Stiege.**

